

Bremische Bürgerschaft

Landtag

19. Wahlperiode

Anfragen in der Fragestunde

1. 24.01.17

Einigung beim Unterhaltsvorschuss

Wir fragen den Senat:

1. Wie bewertet der Senat die Einigung auf ein neues Finanzierungsmodell des erweiterten staatlichen Unterhaltsvorschusses?
2. Mit wie vielen zusätzlichen Anspruchsberechtigten und welchen Kosten rechnet der Senat durch die Ausweitung, und wie sollen Umsetzung und Finanzierung sichergestellt werden?
3. Welche Maßnahmen sind angedacht, um Unterhaltsvorschüsse konsequenter zurückzufordern?

Dr. Magnus Buhlert, Lencke Steiner und Fraktion der FDP

2. 25.01.17

Gemeinsame Sicherheitsübung von Polizeikräften und Bundeswehr

Ich frage den Senat:

1. Sind bei der am 7. März 2017 angesetzten gemeinsamen Anti-Terror-Übung von Polizeikräften und Bundeswehr Bremer Beamte beteiligt?
2. Sieht der Senat in der Durchführung der Übung eine Grundgesetzverletzung, und kann er als Landesregierung seine eigenen eventuell bestehenden oder Bedenken von anderer Seite darstellen?
3. Welche Gründe sind dem Senat für die gemeinsame Übung bekannt, und wie bewertet er die Simulation eines Überfalls auf Bremer Schulen?

Alexander Tassis (AfD)

3.

25.01.17

Verknüpfung des Ausschusses der Regionen (AdR) der EU und Bremens

Ich frage den Senat:

1. Wie gestalten sich die Informationen an das Bundesland Bremen über Regionen betreffende Entscheidungen der EU, allgemein und speziell aus dem AdR, zeitnah zu den betreffenden Entscheidungen, in welchem Umfang und an welche Stellen erfolgt in welchen Zusammenhängen die Zuleitung?
2. Wie bewertet der Senat die Arbeit im AdR, und welche Auswirkungen der Arbeit des AdR für Bremen sind zu konstatieren?
3. Sieht der Senat die Gefahr einer Aushöhlung des Subsidiaritätsprinzips durch unzureichende Unterrichtung über Hintergründe von Entschlüssen der EU, welche die Regionen betreffen und vor allem in der nur pauschalen Überprüfung des Subsidiaritätsprinzips im Prozess der Entscheidungsfindung in der EU?

Alexander Tassis (AfD)

4.

26.01.17

Zukunft der Vernetzungsstelle Schulverpflegung

Wir fragen den Senat:

1. Wie bewertet der Senat grundsätzlich die Arbeit der Vernetzungsstelle Schulverpflegung im Land Bremen?
2. Welche bisherigen und neuen Aufgaben sollte die Vernetzungsstelle Schulverpflegung aus Sicht des Senats zukünftig übernehmen?
3. Welche Notwendigkeit sieht der Senat, die Arbeit der Vernetzungsstelle Schulverpflegung finanziell abzusichern?

Jan Saffe, Dr. Maike Schaefer und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

5.

26.01.17

Bleiberecht für geflüchtete Frauen

Wir fragen den Senat:

1. Wie viele Anträge wurden in den letzten zwei Jahren von geflüchteten Frauen, deren Aufenthaltserlaubnis in den ersten drei Jahren vom Bestand der ehelichen Lebensgemeinschaft abhängig ist und die im Fall einer Trennung Sorge um den Verlust ihres Aufenthaltstitels haben, im Sinne der Härtefallregelung des § 31 Absatz 2 Aufenthaltsgesetz, die Frauen frühzeitiger einen eigenen Bleiberechtsstatus zugesteht, in Bremen eingereicht?
2. Wie viele Anträge wurden im Sinne der Antragstellerinnen beschieden, wie viele wurden abgelehnt?
3. Im Fall abgelehnter Anträge; welche Gründe standen einem positiven Bescheid entgegen?

Dr. Henrike Müller, Björn Fecker, Dr. Maike Schaefer und Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen

6.

26.01.17

Endlich Ausweitung des Unterhaltsvorschusses - was bedeutet das für Bremen?

Die Anfrage der Abgeordneten Sophia Leonidakis, Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE ist inzwischen zurückgezogen.

7.

27.01.17

Fußball-Europameisterschaft 2024

Wir fragen den Senat:

1. Wird der Senat eine Bewerbung Bremens als Austragungsort bei einer Fußball-Europameisterschaft 2024 in Deutschland unterstützen und ggf. mit welchen Partnern?
2. Welche Wirkung verspricht sich der Senat für die Stadt und das Land, wenn Bremen Austragungsort wird?
3. Inwiefern würde Bremen die Kosten für den Einsatz von ggf. erforderlichen Polizeikräften übernehmen?

Peter Zenner, Dr. Magnus Buhlert, Lencke Steiner und Fraktion der FDP

8.

31.01.17

Die unendliche Geschichte der Mittelweser - Zustand durch Ausbau verschlechtert?

Wir fragen den Senat:

1. Inwieweit und seit wann sind dem Senat entweder der Bericht der Generaldirektion Wasserstraße und Schifffahrt Hannover an das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur vom 22. Juli 2016, in dem die Generaldirektion die wesentlichen Ergebnisse des Gutachtens „Mittelweseranpassung an das GMS - Mikroskopische Verkehrssimulation - Verkehrsprognose 2030“ zusammenfasst oder das Gutachten selber bekannt?
2. Wie bewertet der Senat die Informationen, die aus den Schriftstücken hervorgehen, insbesondere die Tatsache, dass sich die Fahrdauer auch für Europaschiffe deutlich verlängern wird und ein Teil der bisher nicht durchgeführten Uferrückverlagerungen doch noch durchzuführen sind, um weitere Einschränkungen und Verlangsamungen zu verhindern?
3. Welche Konsequenzen zieht der Senat aus diesen Informationen, insbesondere bezogen auf die vertraglich vereinbarten Zielsetzungen beim Mittelweserausbau, die offenkundig bisher nicht erfüllt sind?

Prof. Dr. Hauke Hilz, Lencke Steiner und Fraktion der FDP

9.

01.02.17

Handlungsempfehlungen im Umgang mit dem Wolf

Wir fragen den Senat:

1. Inwiefern verfügt das Land Bremen über ein Wolfskonzept, und steht über Maßnahmen im Umgang mit dem Wolf in Austausch mit Niedersachsen und dem Bund?
2. Welche Schutzbemühungen und schadensvorbeugende Maßnahmen gibt es, und welche finanziellen Mittel stehen dafür zur Verfügung?
3. Welche Grundsätze zum finanziellen Ausgleich von Schäden gibt es?

Rainer W. Buchholz, Lencke Steiner und Fraktion der FDP

10.

02.02.17

Einsatz des Schulbuches „Anstöße 2“ des Klett Verlages an Bremer Schulen

Wir fragen den Senat:

1. An welchen Schulen im Land Bremen wurde das Schulbuch „Anstöße 2“ des Ernst Klett Verlages, in dem mindestens eine antisemitische Grafik als Anschauungsmaterial verwendet wird, seit 2012 im Unterricht verwendet?
2. Wird von den betreffenden Schulen von dem Angebot des Klett Verlages, ein korrigiertes Austauschblatt zur Verfügung zu stellen, Gebrauch gemacht?
3. Wie wird zukünftig sichergestellt, dass keine Schulbücher und andere Lehrmaterialien mit antisemitischen, rassistischen oder andere Bevölkerungsgruppen herabsetzenden Inhalten im Unterricht genutzt werden?

Dr. Henrike Müller, Dr. Matthias Güldner, Dr. Kirsten Kappert-Gonther,
Dr. Maike Schaefer und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

11.

03.02.17

Sprach- und Kulturmittler (Sprinter) für die Betreuung von Flüchtlingen in eigenem Wohnraum

Wir fragen den Senat:

1. Wie viele Personen wurden seit 2015 insgesamt für die Tätigkeit als Sprach- und Kulturmittler, sogenannte Sprinter, in welchen Stadtteilen qualifiziert?
2. Wie viele der in 2016 in Aussicht gestellten 100 Plätze für Sprinter in öffentlich geförderter Beschäftigung konnten bereits besetzt werden?
3. In welchen Stadtteilen wird die Ansprache von Flüchtlingen in eigenem Wohnraum durch Sprinter sichergestellt?

Sigrid Grönert, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU

12.

07.02.17

Abschiebungen und Ausreisen im Jahr 2016

Wir fragen den Senat:

1. Wie viele Personen wurden im Jahr 2016 in Bremen und Bremerhaven jeweils abgeschoben?
2. Wie viele Asylsuchende in Bremen und Bremerhaven haben im Jahr 2016 Deutschland auf dem Weg der „freiwilligen“ Rückreise verlassen?
3. Wie viele Personen sind im Jahr 2016 jeweils in welche Zielländer abgeschoben bzw. „freiwillig“ ausgereist?

Sophia Leonidakis, Cindi Tuncel, Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE

13.

07.02.17

Bei der Energiewende europäisch planen und denken?

Wir fragen den Senat:

1. Ist dem Senat bekannt, dass das Land Niedersachsen gemeinsam mit den niederländischen Provinzen Drenthe, Groningen, Overijssel und Friesland eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit bei der Weiterentwicklung der Energiewende („Emmener Erklärung“) vereinbart hat?
2. Falls ja, wie bewertet der Senat diese Vereinbarung über Forschung, Entwicklung und Innovation auf dem Energiesektor?
3. Beabsichtigt der Senat, sich diesem Bündnis zur grenzüberschreitenden Weiterentwicklung der Energiewende anzuschließen?

Jens Crueger, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD

14.

08.02.17

Abschiebungen nach Marokko

Wir fragen den Senat:

1. Wie viele Personen mit dem (tatsächlichen oder vermuteten) Herkunftsland Marokko sind seit Jahresbeginn aus der Strafhaft oder Abschiebungshaft abgeschoben worden?
2. In wie vielen der in Frage 1 genannten Fälle wurde Haftbeschwerde eingelegt?
3. In wie vielen der in Frage 2 genannten Fälle fand die Abschiebung statt, bevor über die Haftbeschwerde entschieden wurde?

Sophia Leonidakis, Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE